

Erhöhung der Verteidigungsausgaben unumgänglich

Autor(en): **Burkart, Thierry**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **183 (2017)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-681603>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erhöhung der Verteidigungsausgaben unumgänglich

Derzeit setzt die Schweiz nicht einmal 0,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Verteidigung ein und gehört damit zu denjenigen Ländern, die am wenigsten in die wichtigste Versicherung für die Bevölkerung und unseren Wohlstand investieren. Mittelfristig ist der derzeitige finanzielle Mitteleinsatz eindeutig ungenügend, um den sich neu abzeichnenden Bedrohungsoptionen glaubhaft begegnen zu können.

Thierry Burkart

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hält in seinem Yearbook 2016 fest, dass die Statistiken zu bewaffneten Konflikten auf eine Trendwende hindeuten: Nach zwei Jahrzehnten des relativen Friedens nach dem Ende des Kalten Kriegs zeichnen sich neue machtpolitische Konflikte ab. Die Schweiz muss willens und fähig sein, sich selber zu verteidigen. Das ist zurzeit nicht der Fall. Denn unabhängig davon, was politisch alles in die Verteidigungsausgaben eingerechnet wird, ist unser Land mit Ausgaben von unter 0,8 Prozent des BIP für die Verteidigung ein Schlusslicht. Angesichts der Bedrohungsszenarien ist der derzeitige finanzielle Mitteleinsatz eindeutig ungenügend, um den sich neu abzeichnenden Verwerfungen glaubhaft begegnen zu können. Der Bundesrat ist daher angehalten, in einem Bericht oder einer Ergänzung zum Sicherheitspolitischen Bericht dem Parlament aufzuzeigen:

- welcher Trendwechsel sich im Gefolge der jüngsten politischen Umwälzungen im Bereich der konventionellen Verteidigung abzeichnet respektive realisiert hat;
- welchen Länder-Benchmark er punkto Verteidigungsausgaben und Streitkräfteentwicklung führt und diesen begründet;
- was das NATO-Ziel von zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben für einen Einfluss auf die Benchmark-Staaten hat;
- welche Auswirkungen sich auf unsere Verteidigung mit zum BIP relativ sinkenden, relativ gleichbleibenden und relativ steigenden Verteidigungsausgaben ergeben;
- wie beim Szenario mit relativ steigenden Verteidigungsausgaben (Zielwert zwei Prozent des BIP) durch Reduktion von

Aufgaben Einsparungen vorgenommen werden können, um die Schuldenbremse wirksam bleiben zu lassen.

Auch Staaten ausserhalb der NATO rüsten auf

Vor dem Hintergrund einer verschlechterten Sicherheitslage führt Schweden in diesem Sommer die Wehrpflicht wieder ein. Damit soll genug Personal für die Streitkräfte zur Verfügung stehen. Das Land hat Schwierigkeiten gehabt, die

«Der Bundesrat soll in einem Bericht anhand von Bedrohungsszenarien aufzeigen, welche finanziellen Mittel er mittel- und langfristig für die Landesverteidigung einsetzen will.»

Kampfeinheiten auf freiwilliger Basis zu bemannen. Wie Finnland nimmt auch Schweden eine grössere Bedrohung durch Russland wahr. Schweden ist nicht Mitglied des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, arbeitet aber eng mit der NATO zusammen.

Auch die Schweiz ist nicht Mitglied. Als neutrales Land ist von einem Bündnisbeitritt abzusehen. Wir sind demzufolge nicht verpflichtet, Zielsetzungen der NATO umzusetzen. Hingegen ist die Schweiz geographisch voll vom Raum, den die NATO-Mitglieder abdecken, umgeben. Die von den 28 Staats- und Regierungschefs der Allianz im September 2014

auf ihrem Gipfeltreffen in Wales festgelegte Verpflichtung, wonach ab 2024 jedes Mitgliedsland mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung einsetzen muss, kann deshalb auch nicht ohne Folge für unsere Sicherheit sein.

Die Vorgabe der NATO fusst auf einer aktualisierten Analyse über die sicherheitspolitische Lage in und um Europa. Neben der derzeit enormen Abhängigkeit von den US-amerikanischen Streitkräften haben insbesondere die veränderte Lage in Osteuropa sowie im Nahen Osten und die damit verbundenen Risiken für die europäischen Staaten zu diesem Entscheid geführt. Einerseits kann sich die Schweiz diesen Risiken nicht entziehen. Andererseits wird auch bei Kooperationen von Partnern der NATO ein entsprechender Beitrag erwartet.

Bundesrat steht in der Pflicht

Der Bundesrat soll daher in einem Bericht anhand von Bedrohungsszenarien aufzeigen, welche finanziellen Mittel er mittel- und langfristig für die Landesverteidigung einsetzen und ob bzw. in welchem Zeitraum die Schweiz das für die NATO-Mitgliedstaaten gültige Ziel, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung aufzuwenden, erreichen will. Wenn er das nicht will, muss er aufzeigen, weshalb er der Auffassung ist, dass die Aufstockung des Verteidigungsetats und damit die Investition in unsere Sicherheit nicht nötig seien. ■



Ehem. Fach Of (Major)
Thierry Burkart
lic. iur.
Rechtsanwalt, LL.M.
Nationalrat
5401 Baden